Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–7 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1/2 1 Uhr Mitt. In Neustadt: gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg., Angebote auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile unterm Strich (Eingesandt) 40 Pfg., Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2/3 Pfg., 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Auskündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

J. Paul Liebe Dresden. Liebe's Malzextract-Bonbons, ächte, in Dosen und Beuteln zu 20, 25 und 40 Pfg. Liebe's Malzextractschaum-Kugeln (Röstmaltin) in Gläsern zu 35 Pfg., bewährte Hustenmittel; in den Apotheken.

(D. R.-P.) Thüre zu! Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser Thürschliesser. 80,000 St. im Gebrauch. Prospecte gratis u. franco. Curt Heinsius, Königl. Sächs. Hoflieferant, Dresden-S., Kurfürstenstr., Ecke Dieckstr. (Fernsprechamt II. Nr. 2100.)

„Heimchen am Herd" Illustrierte Wochenschrift für die Familie. Preis nur 10 Pfg. pro Nummer. Verlag des „Universum", Dresden.

Wilhelm's Blutreinigung-Thee von Franz Wilhelm, Apotheker in Neunkirchen in Nieder-Oesterreich, ist durch alle Apotheken zum Preise von 8.-M. 2. per Packet zu beziehen. — Engros-Lager bei Ernst Bley Nachf., Dresden-A., Amalienstrasse 32. — Zu haben in Dresden in der Hof-, Engel-, Marien-, Johannes-, Mohren- und Adler-Apotheke.

Frostbalsam von exacter Wirkung, Flasche 60 Pfg., Frostsalbe, Boroglycerin-Creame, Glycerin-Creame, elegante Toilettemittel, gegen rauhe Haut und offene Frostschäden. Prompter Versandt. Kgl. Hofapotheke Dresden, Georgenthor.

Tiroler, bairische, steirische Nationaltrachten für Costümfeste empfiehlt in grosser Auswahl Jos. Fiechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 16. Spiegel: Preußische Finanzen und Reichsfinanzreform. Hofnachrichten, Kammer-Ball, Landtagsverhandlungen, Kunstausstellung, Protestversammlungen, Gerichtsverhandlungen. „Wallenstein's Lager", „Die Piccolomini". | Muthmaßliche Witterung: Bewölkt, Niederschläge. | **Freitag, 17. Januar.**

Politisches.

In den Ausführungen der preußischen Thronrede über die Finanzlage kommt die Wirkung des gewerblichen Aufschwunges, in dessen Zeichen die Gegenwart steht, lebendig zur Anschauung sowohl für den laufenden Etat, wie für die verflossene und die kommende Finanzperiode. Die Gunst der Verkehrsverhältnisse hat eine merkliche Steigerung der Einnahmen aus den preußischen Betriebsverwaltungen, insbesondere den Eisenbahnen zu Wege gebracht. Für den Etat 1894/95 zeigt sich der Einfluß dieses Mehrertrages in einem erheblichen Plus des rechnungsmäßigen Ergebnisses gegenüber dem für diesen Etat veranschlagten Fehlbetrage. Für den laufenden Staatshaushalt darf nach der Versicherung der Regierung ein gleiches Resultat mit Zuversicht erwartet werden und dieselbe Hoffnung erscheint auch mit Bezug auf den nächstjährigen Etat berechtigt. Das ist ein finanzielles Bild von so günstigen Aspekten, wie es seit langer Zeit nicht gezeichnet werden konnte. Die größere Flüssigkeit der Mittel wird nun auch in Preußen eine vermehrte Bedachtnahme auf allerlei dringende Bedürfnisse ermöglichen, deren Befriedigung bisher mehr oder weniger auf bessere Zeiten zurückgestellt werden mußte. Dahin gehört insbesondere die Verbesserung der Lage der Lehrkräfte an den öffentlichen Volksschulen in Preußen, die bereits nach einer in der Thronrede enthaltenen Ankündigung für den jetzt vorliegenden Etat in Aussicht genommen worden ist. So kommen also schließlich doch auch die „Kulturzwecke", von denen die Radikalen immer behaupten, daß für sie vor lauter militärischen Ausgaben überhaupt nichts mehr übrig sei, zu ihrem Recht, und wenn auch an manchen Punkten der Hebel vielleicht nur langsam wirkt, so kommt es doch vor Allem auf die Sicherheit der Wirkung an. Diese Sicherheit aber ist vorhanden, seitdem das Ruder der preußischen Finanzpolitik von so erfahrener Hand gelenkt wird, wie sie Herr Dr. Miquel zu besitzen sich rühmen darf. Wenn die preußischen Finanzen aus dem jetzigen Aufschwung der wirthschaftlichen Lage unmittelbaren Vortheil zu ziehen vermögen, so ist das doch nur der Fall, weil ihr Leiter in den mageren Jahren, von allen Anfechtungen unbeirrt, eine zwar hartnäckige, aber segensreiche Sparsamkeit auf allen Gebieten hat walten lassen. Persönlich ist der preußische Finanzminister freilich seit seinem letzten lebhaften Eintreten für die Reichsfinanzreform fast ganz von der Bildfläche verschwunden. Das einzige, was man seit langer Zeit von ihm hörte, bestand in den drei Mittheilungen, daß der Minister wegen angestrengter Thätigkeit den Pferdebahnen das Klingeln vor seiner Wohnung habe verbieten lassen, daß er sich für die neue Spiritussteuer interessire und daß er vorübergehend unpäßlich gewesen sei. Aus dieser Zurückhaltung des Herrn Dr. Miquel der Oeffentlichkeit gegenüber hat dann die geschwätzige Berliner Fama alsbald das Gerücht fabrizirt, daß der preußische Finanzminister, der bisher als „der mächtigste Mann im Staate" galt, jetzt „nix mehr tau seggen hebbe". Die so kombiniren, sind offenbar Angehörige jener eigenartigen Zunft von Politikern, nach deren Meinung ein Staatsmann jeden Morgen mit irgend einer welterschütternden Aktion im Kopfe aus dem Bette springen und entweder die innere oder die äußere Politik durch ein himmelstürmendes „Excelsior", durch einen noch nicht dagewesenen Knalleffekt, revolutioniren müßte. Das ist auch ein Symptom jenes unruhigen nervösen Dranges, der die heutige politische Welt beseelt. Demgegenüber sollte man doch dessen eingedenk sein, das in den letzten Tagen anläßlich des Zwischenfalles in Transvaal Fürst Bismarck über die Kunst des Regierens verlautbart hat: Das Regieren sei ein fortwährender Tanz auf hochgespanntem Seil und Derjenige dürfe schon sehr zufrieden sein, der diesen Tanz unter den heutigen Verhältnissen längere Zeit hindurch ausführen könne, ohne abzustürzen. Unter normalen Verhältnissen normale Arbeit, das ist das Richtige. Dabei fährt der Staat am besten und das sollten sich insbesondere die unruhigen Köpfe gesagt sein lassen, die für die stille, ausdauernde Thätigkeit eines Ministers so wenig Verständniß haben, daß sie aus der Geräuschlosigkeit seines Wirkens auf einen Rückgang seines Einflusses schließen. Der entgegengesetzte Schluß hätte mehr logische Ueberzeugungskraft für sich; denn „stille Wasser sind tief".

Die Finanzpolitik des führenden Bundesstaates kann aber nicht für sich allein gewürdigt werden. Sie ist vielmehr so innig mit der Entwickelung der Reichsfinanzen verquickt, daß ein Ueberblick über jene nothwendig auch eine Umschau nach dieser Seite zur Folge hat. Wie die Etats der Bundesstaaten überhaupt, so wird insbesondere die Schlußziffer des größten preußischen Etats wesentlich beeinflußt durch die im Reichstage erfolgende Festsetzung der Matrikularumlagen. Da nun in diesem Punkte ebenfalls eine Wandlung zum Bessern eingetreten ist, so daß voraussichtlich in den nächsten Jahren wieder Ueberschüsse an Ueberweisungen über die Matrikularbeiträge an die Kassen der Einzelstaaten zur Auszahlung kommen werden, so tritt damit auch, in Verbindung mit der augenblicklichen Gunst der preußischen Finanzverhältnisse, an alle Betheiligten die erneute Frage heran, wie dieser günstige Zustand zu einem dauernden zu machen und eine Wiederkehr der „Spannung" zwischen den genannten beiden Faktoren, unter deren Einwirkung die letzten Etats der Einzelstaaten zu leiden hatten, zu vermeiden sei. Damit der springende Punkt der Frage gehörig gewürdigt werden kann, wird es angebracht sein, eine knappe Uebersicht über das bisherige Verhältniß zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten an der Hand der Reichsetats zu geben.

Die Matrikularumlagen kamen zur Einführung, als die französische Kriegskostenentschädigung verbraucht war. Nunmehr mußte jeder deutsche Bundesstaat zur Bestreitung der Reichsausgaben einen seiner Größe entsprechenden „Römermonat" an die Reichskasse zahlen. Dieser Beitrag wird jährlich, da kein Reichsbetriebsfonds existirt, im Vornus eingehoben. Außerdem haben aber die Bundesstaaten einen gewissen reichsgesetzlich geregelten Antheil an den Reichseinnahmen, der ihnen am Ende des Etatsjahres überwiesen wird. Diese Ueberweisungen begannen nach der wirthschaftspolitischen Wendung des Jahres 1878 die Matrikularbeiträge zu übersteigen. Die Ueberschüsse betrugen 1883/84 rund 11½ Mill. Mark und erreichten 1889/90 ihren höchsten Stand mit 130½ Mill. Von dieser Zeit an fand ein stetiger Rückgang in den Ueberschüssen statt und 1893/94 debutirte wieder mit einem Defizit von 20 Mill. Mark. Der Reichsetat 1894/95 veranschlagte das Defizit auf 53 Millionen. Die Budgetkommission des Reichstages verminderte es auf 31½ Millionen, das rechnungsmäßige Ergebniß aber weist nur ein Defizit von 2½ Millionen auf. In dem Etat für 1895/96 figurirte der Fehlbetrag mit 32⅘ Millionen, der von der Budgetkommission auf 10⅘ Millionen ermäßigt wurde. Das bisherige rechnungsmäßige Ergebniß läßt aber nicht nur kein Defizit, sondern einen schätzungsgemäßen Ueberschuß von 20 Millionen erwarten. Unter diesen Umständen darf man auch ein entsprechendes Endergebniß von dem Reichsetat für 1896/97 erhoffen, dessen Voranschlag das zu erwartende Defizit auf 13⅕ Millionen beziffert.

Die plötzlich wieder eingetretene Besserung in den Reichsfinanzen erklärt es, daß der Gedanke einer Reichsfinanzreform zur Zeit nicht mit demselben Nachdruck erörtert wird, den man unter dem verwirrenden Eindruck des Defizits von 1893/94 sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten auf ihn legte. Gleichwohl kann es nicht zweifelhaft sein, daß die leitenden Regierungskreise sowohl wie die nicht-oppositionellen Finanzpolitiker der parlamentarischen Körperschaften nach wie vor in der Regelung des finanziellen Verhältnisses der Einzelstaaten zum Reiche die Grundbedingung einer gesunden, stabilen Finanzwirthschaft auf beiden Seiten erblicken. Es muß unter allen Umständen dafür Sorge getragen werden, daß nicht wieder durch einen plötzlichen Einbruch vom Reiche her die Finanzen der Einzelstaaten eine grundstürzende Erschütterung erleiden. So lange eine solche Auseinandersetzung von Reichswegen infolge des mangelnden Entgegenkommens von Seiten des Reichstages nicht möglich ist, müssen die Einzelstaaten für sich selbst sorgen. Das kann auch in der That mit Leichtigkeit dadurch geschehen, daß jeder Bundesstaat, anstatt sich durch die Ueberweisungen zu einer Vermehrung der öffentlichen Ausgaben verleiten zu lassen, einen Reservefonds anlegt, eine Sparbüchse, die nur in Zeiten der Noth angegriffen werden darf, wenn die Matrikularbeiträge wieder einmal die Ueberweisungen übersteigen. Andeutungsweise verlautet, daß der preußische Finanzminister mit der Absicht umgehe, für Preußen einen solchen Gesetzentwurf vorzubereiten. Das wäre jedenfalls eine ganz andere staatsmännische Weisheit als diejenige der badischen Regierung, die jüngst ihrem Landtage einen Gesetzentwurf vorgelegt hat des Inhalts, daß die durch die Ueberweisungen nicht gedeckte Summe des Matrikularbeitrages jeweilig durch einen nach der Höhe des Bedarfs zu bemessenden Zuschlag zur Einkommensteuer gedeckt werden soll, also eine „einfache" Abwälzung der Sorgen der Regierung auf die Schultern der Steuerzahler.

Es dürfte nicht ausbleiben, daß die augenblickliche Besserung der finanziellen Lage, wie sie durch die Zahlen des preußischen Etats wiederum deutlich vor Augen geführt wird, von der Opposition im Reichstage zu den üblichen Angriffen gegen die Finanzpolitik der Regierung benutzt wird. Man wird ihr Markenschädigung vorwerfen und den Schutz des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb gegen sie in die Schranken rufen. Sollte das geschehen, sollte der Reichstag in verblendender Kurzsichtigkeit die augenblickliche Lage zu einer weiteren Diskreditirung der Reichsfinanzreform benutzen, so würde er dadurch nur das Urtheil Derjenigen rechtfertigen, die behaupten, der Reichstag mache den Eindruck, als ob er sich „bald schlafen legen wolle" und er sei aus einer Vertretung der Reichsinteressen zu „einer wahren Brutstätte des politischen Klatsches und der aus der Luft gegriffenen Sensationsnachrichten" geworden. Gerüchte kolportiren und Coalitionswitze reißen ist doch am Ende keine Thätigkeit, die für die Mitglieder einer großen parlamentarischen Körperschaft erschöpfend genannt werden kann. Wenn aber freilich alle Stränge im Reichstage reißen, dann müssen die Reichsparbüchsen der Einzelstaaten in Betrieb gesetzt werden. Das Mittel ist zwar nur ein Auskunftsmittel, aber es ist immerhin durchaus praktikabel.

Vor 25 Jahren.

Versailles, 17. Januar. General Werder behauptete sich auch am 16. in seiner Stellung südlich Belfort gegen erneuerte Angriffe des Feindes.

General Schmidt drang in der Verfolgung des Feindes, welcher auf Laval zurückgeht, bis über Vaiges vor und machte wieder über 300 Gefangene. Alençon wurde in der Nacht vom 16. zum 17. nach leichtem Gefechte besetzt.

Bréviliers, 17. Januar. In der Nacht zum 17. besetzte General Keller Frahier, überfiel Chenebier, nahm Bagage und machte etwa 7 Offiziere, 400 Mann zu Gefangenen. Am Morgen gegen 8 Uhr griff der Feind wiederholt, aber vergeblich Chagey und Mittags Bethoncourt heftig an. Bei Montbéliard und westlich Luze lebhafte Kanonade. — Um 4 Uhr Nachmittags griff der Feind den General Keller mit bedeutend überlegenen Kräften an, derselbe hielt jedoch die feste Stellung bei Frahier. Diesseitiger Verlust an den letzten 3 Tagen etwa 1200 Mann todt und verwundet. v. Werder.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. Januar.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht der Antrag Kanitz betr. Erzielung einer Befestigung der Getreidepreise in mittlerer Höhe für die Dauer der bestehenden Handelsverträge (Verstaatlichung des Handels mit ausländischem Getreide). — Abg. Graf Kanitz (kons.): Die Annahme, daß sich die Getreidepreise auch ohne das von uns vorgeschlagene Mittel heben würden, hat sich nicht erfüllt, die Getreidepreise sind infolge der gesteigerten ausländischen Einfuhr nach wie vor ruinös für die Landwirthschaft. Auch Handel und Industrie sind bei der herrschenden landwirthschaftlichen Kalamität in Mitleidenschaft gezogen, wie das zahlreiche Handelskammerberichte erkennen lassen. Der neueste Hamburger Handelskammerbericht lautet allerdings etwas anders, wohl weil es den Regierungen nicht erwünscht ist, für die Handelsverträge nicht gelobt zu werden. Abhilfe müsse erfolgen, und wenn man diesen Antrag nicht wolle, so müsse man einen besseren vorschlagen. — Staatssekretär Frhr. v. Marschall legt dar, daß die Annahme des Antrags unsere nationalen Beziehungen sehr alteriren würde. Die Regierung erkenne die in weiten Kreisen bestehenden Klagen über die landwirthschaftliche Nothlage an und wünsche wirksame Besserungsvorschläge. Ganz unrichtig sei die Auffassung, daß die Handelsverträge diese Nothlage verschärft hätten. Auch bei Einführung des Fünfmark-Zolles würden die Getreidepreise nicht höher sein, wie das Beispiel Frankreichs lehre. Die Annahme des Antrags sei unmöglich, weil der Antrag vertragswidrig wirke. Er sei ferner undurchführbar und in sozialpolitischer Hinsicht sehr bedenklich. Die Regierung stelle diesem großen Mittel ihr Programm der kleinen Mittel entgegen, überall da einzugreifen, wo es geboten und zweckmäßig sei. Dieses Programm habe vielleicht weniger werbende Kraft, sei aber erfolgsicherer. (Lebhafter Beifall. Zischen rechts.) — Abg. Graf v. Galen (Centr.) erklärt, das Centrum lehne den Antrag Kanitz einmüthig ab, welcher mit unserer ganzen christlich-sozialen Weltordnung in Widerspruch stehe. — Abg. Graf v. Schwerin (d.-kons.) spricht für, Abg. Rickert (freis. Ver.) gegen den Antrag. — Abg. Graf Bismarck bezeichnete den Antrag als einen Nothbehelf, das seien aber auch die Zölle. Die Nothlage der Landwirthschaft werde von Niemandem ganz geleugnet, man streite nur über das Wie der Hilfe. Jedenfalls verdiene der Getreidebau Schutz, da er bedeutungsvoller sei als der Export. Er hält den Antrag Kanitz für durchführbar, eventuell sei es die Pflicht der Regierung, etwas Besseres vorzuschlagen und zwar schon aus sozialpolitischen Gründen. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Herrenhaus. Fürst Stolberg-Wernigerode nahm telegraphisch die Wahl an. An Stelle des erkrankten v. Neumann wurde Oberbürgermeister Giese zum Schriftführer gewählt. Eggeling und Bose wurden zu Quästoren ernannt. Das Präsidium erhält die Ermächtigung, die Glückwünsche des Hauses zu überbringen. Ein Schreiben des Ministers des Aeußeren, betreffend die strafrechtliche Verfolgung der „Schaumburg-Lippeschen Volkszeitung" wegen Beleidigung des Hauses wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Der Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer Generalkommission in Königsberg in Preußen wird der Agrarkommission überwiesen. Bezüglich des Entwurfs des Anerbenrechtes bei Rentengütern wird beschlossen, nach der ersten Lesung im Plenum die Vorlage einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen. Nächste Sitzung Montag.

Berlin. Landtag. Finanzminister Miquel legte das Budget vor und betonte die Nothwendigkeit einer selbstständigeren Reichsfinanzgebahrung im Interesse der Stabilität der einzelstaatlichen Finanzen. Das Budget von 1894/95 ergab statt des veranschlagten Defizits von 56 Millionen nur ein solches von 8 Millionen. Das laufende Etatsjahr schließt vielleicht mit einem kleinen Ueberschuß, der neue Etat mit 19 Millionen Defizit ab.

Berlin. Der Bundesrath nahm dem Ausschuß-Antrage gemäß den Entwurf zum Bürgerlichen Gesetzbuche an und ebenso den Ausschuß-Bericht zum Landeshaushalts-Etat für Elsaß-Lothringen pro 1896/97.

* Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte für ein neues Dienstgebäude in Apolda die erste Rate in Höhe von 87,000 Mark, ferner zur Herstellung eines Postdienstgebäudes auf dem Albertbahnhofe in Dresden die erste Rate im Betrage von 300,000 Mark und für den Um- und Erweiterungsbau auf dem Postgrundstücke am Augustusplatz in Leipzig die erste Rate von 125,000 Mark. Der Vertreter des 20. sächsischen Wahlkreises v. Herder stimmte für die Positionen Dresden und Leipzig.

Berlin. Die Börsenkommission des Reichstages begann ihre Berathungen und nahm debattelos den § 1 an, welcher die Errichtung und Aufhebung sowie die Beaufsichtigung der Börsen durch die Landesregierungen behandelt. Die Kommission nahm in § 2 einen Antrag Hahn und Kanitz mit dem Amendement Stromback und Oriola an, wonach ein oder mehrere Börsenkommissare zu bestellen seien, welche die Befolgung der Börsengesetze überwachen und berechtigt sind, den Berathungen der Börsenvorstände beizuwohnen und den Börsenvorstand zur Beseitigung von Mißbräuchen aufzufordern.

* Berlin. Aus Anlaß der 25jährigen Gedenkfeier der Neubegründung des Deutschen Reiches werden die hiesigen öffentlichen staatlichen Gebäude am 18. ds. Mts. flaggen und illuminiren. — Die Kommission für die Börsenreform erweiterte die Befugnisse des Börsenkommissars.

Berlin. Der „Post" zufolge ist gegen den Rechtsanwalt Fritz Friedmann seitens der Staatsanwaltschaft der Steckbrief erlassen worden.

* Leipzig. Der Kaiser hat dem Reichsgericht seine Büste in Bronze gewidmet. Dieselbe ist gestern hier eingetroffen und wird am 18. Januar im Hauptsitzungssaale in Gegenwart der Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft enthüllt.

Paris. Bei dem heute im Elysée abgehaltenen Ministerrathe theilte der Minister des Auswärtigen Berthelot mit, daß das Abkommen zwischen Frankreich und England betreffend Siam gestern unterzeichnet worden sei. Der Gedanke, einen Pufferstaat zu bilden, sei fallengelassen worden. Der Lauf des Mekong sei als Grenze der französischen Besitzungen bis zur chinesischen festgesetzt worden. Das streitige Gebiet um Muglin wurde an Frankreich überlassen.

* Versailles. Der Stadtrath ersuchte die Regierung, das Schloß am 18. d. M. als Zeichen der Trauer geschlossen zu halten.

Bordeaux. Ein unbekannter, dem Anschein nach etwa 40 Jahre alter Mann drang in der Börse in die Abtheilung der Börsenmakler ein und schlug mit einem dicken Stock um sich; ein Makler wurde ziemlich schwer verletzt. Ein anderer Makler warf sich auf ihn, sodann wurde er gefesselt der Polizei übergeben. Man fand bei ihm anarchistische Schriften.

* Cap Coast Castle. Prinz Heinrich von Battenberg ist gestern Abend hier eingetroffen. Sein Zustand hat sich wesentlich gebessert. Der Prinz begiebt sich wahrscheinlich nach Madeira.

* Die Berliner Börse begann in ziemlich schwacher Haltung, die sich aber weniger in den Kursen, als in der Stimmung ausdrückte. Verstimmend wirkten die Rede Balfour's in Manchester über die innere Lage in Transvaal, sowie kleinere Kaufaufträge. In der zweiten Stunde befestigte sich die Haltung bei lebhafterem Geschäft auf Deckungen und Meinungskäufe. Rege gefragt und höher waren namentlich deutsche Bahnen. Von Bankaktien waren Handelsantheile beachtet, dagegen Deutsche Bank, National-Bank und Dresdner Bank gedrückt. Von Eisenbahnen heimische fest, besonders Mainzer und Dortmund-Gronauer, erstere auf Verstaatlichungsnachrichten; ferner Elbethal und Warschau-Wiener höher. Montanaktien ruhig, Kohlenwerthe beachtet. Renten fest, besonders Mexikaner, Türkenloose und Italiener. Deutsche Anleihen lebhafter umgesetzt. Privatdiskont 3⅛ Prozent. — Die Getreidebörse war fest auf Konjunkturkäufe. Weizen und Roggen höher, Hafer behauptet, Spiritus unverändert. Wetter: Schnee, Westwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 301.37, Diskonto 205.40, Dresdner Bank 158.20, Staatsbahn —, Lombarden —, Laura 144.60, Ungar. Gold —.—, Portugiesen —.—, Italiener —, Neubauanleihe —. Schwach.

Paris. (3 Uhr Nachm.) Rente 101.82, Italiener 84.25, Spanier 63.25, Portugiesen 23.40, Türken 21.50, Türkenloose 103.37, Ottomanbank 572.00, Staatsbahn 747.76, Lombarden 233.00. Schwach.

Pfund's berühmte Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.